

# Die Politik ist nicht ganz unschuldig

KNAPP 3 WOCHEN nach dem Referendum zur EU-Verfassung, ist es ruhig geworden und obwohl die Presse Gründe für ein starkes Nein hin und her interpretierte, bleibt vieles unausgesprochen.

Die von unserem Außenminister erstellte Diagnose, Europa leide an einer ersten Erkältung, ist noch immer wahr. Während jedoch der Patient Europa unter verschärfter Beobachtung bleibt, bieten die nahenden Kommunalwahlen einen wunderbaren Vorwand, Dinge die in unserem Land im Argen liegen weiterhin unbeachtet zu lassen.

Nach dem 10. Juli las man in zahlreichen Artikeln, es gäbe einen Graben innerhalb der luxemburgischen Gesellschaft und dies während zahlreiche Politiker sich über einen „fruchtbaren und intensiven Dialog“ mit dem Bürger freuten. Da immerhin eine überwältigende Mehrheit politischer und zivilgesellschaftlicher Organisationen sich klar für den EU-Verfassungsvertrag aussprach, lautete die Schlussfolgerung: keinen Bezug mehr zur Basis. Es handelt sich demnach nicht bloß

um normale Differenzen im Rahmen einer „Ja oder Nein“-Debatte, sondern um fundamentale Probleme.

Die Politik ist nicht ganz unschuldig an jenem Resultat welches den überzeugten Europäer kaum überzeugt. So war auch 2004 das Europawahl-Motto einiger Parteien noch immer: „Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa!“. Heute ist wohl jedem klar, dass ein EP Mandat kein gemütlicher Halbschlaf vor der definitiven Polit-Rente sein darf, sondern eine überaus große Verantwortung um Entscheidungen, die für 450 Mio. Menschen gelten und in nationales Recht umgesetzt werden müssen.

Dadurch jedoch, dass dem Wähler jahrelang erklärt wurde, Europawahlen und die damit verbundene Politik seien nebensächlich, ist es kein Wunder, dass sich viele mit der ihnen beim Referendum anvertrauten Entscheidung überfordert fühlten. Es ist überhaupt eine ernsthafte Überlegung wert, ob man derart komplexe und umfangreiche Texte

noch mit einem simplen Ja oder Nein bewerten kann.

Für uns ist das Erschreckende an der Debatte die große Anzahl von Mitbürgern die sich ernsthafte aber unnötige Sorgen machten, da sie über die Funktionsweise Europas nur unzulänglich Bescheid wussten. Mitbürger, welche die zugegebenermaßen oft komplexen Zusammenhänge europäischer Politik nicht durchblicken, kann man mit simplen populistischen Antworten leicht verunsichern, bzw. mobilisieren. Besonders auch die jungen.

Die in Umfragen stets hohe Anzahl der Unentschlossenen unterstreicht dies und offenbart auch, dass die Kampagne der Regierung versagt hat. Den Unentschlossenen stand lediglich eine unentschlossene Partei zur Seite: eine Partei die es zwar nicht für nötig hielt zur Abstimmung im Parlament zu erscheinen, jedoch die nötige Überzeugung besaß, eine Broschüre zu verteilen, die auf eine absolut verachtenswerte Weise Ressentiments gegen die Türkei nutzte, um Wähler für ein Nein zu mobilisieren.

Viele seriöse Verfassungsgegner waren der Meinung, dass wir in friedlichen Zeiten keine solche Verfassung bräuchten um den Frieden zu wahren. Leider wurden derartige Aussagen oft nahtlos mit Schreckensvisionen einer europäischen Armee verknüpft, welche im Dienste der Wirtschaft oder gar der USA kämpfen würde. Manche dieser Kritiker haben jedoch die „Friedenssicherung“ der Sowjetunion jahrzehntelang verteidigt.

Zehn Jahre nach dem Massaker in Srebrenica dürfte es im kollektiven Bewusstsein - neben der Erkenntnis, dass eine Welt ohne Waffen zwar wünschenswert, jedoch weiterhin unmöglich bleibt - fest verankert sein, dass der Europäischen Union ein solch tödliches Ohnmachtszeugnis nie mehr widerfahren darf. Eines der Opfer der langen Debatte ist nämlich der Kerngedanke der Solidarität zwischen den europäischen Ländern. Keine Idee des 20. Jh. hat so viele Dinge in die richtige Richtung bewegt wie die europäische; wieso sollte dies nicht auch fürs 21. Jhd. gelten?